

Preussische Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 40/41

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 25, Klaus-Groth-Strasse, 1. St.
Fernsprecher: Nordsee 8246

Hamburg, den 13. Oktober 1923

Postkontanto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg II 598

37. Jahrg.

An unsere Mitglieder!

Die deutsche Arbeiterschaft macht fürchterliche Zeiten durch. Statt eines Lichtbildes ziehen immer finstere Wolken herauf. Unten wir auf, als die Cuno-Regierung liquidierte und dadurch die Bahn frei wurde zur Aufgabe des passiven Widerstandes gegen die französische Gewaltpolitik im Ruhrrevier, so gibt auch diese einzig vernünftige Tat hinverbrannten Katastrophenspolitikern und Heimkriegern wie 1918 nach dem militärischen Zusammenbruch und dem von Hindenburg erzwungenen plötzlichen Waffenstillstand Umlauf zu dem demagogischen Gerede über frühzeitige Kapitulation, über Verrat an das französische Kapital und zu andern Unsinn mehr. Dadurch wird nicht nur die bitter notwendige Gesundung unserer Volkswirtschaft durch die geordnete Wiederaufnahme der Produktion und des Verkehrs in dem industriellen Herzen Deutschlands, sondern auch die Besserung unserer Staatsfinanzen durch den Abbau der ungeheuerlichen Kosten der Ruhrbesetzung erschwert, es wird auch die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im unbesetzten Deutschland vermehrt und unsere Zahlungsmittel so sehr entwertet, daß sie in kurzer Zeit kein Händler mehr annehmen wird. Dann wird das Volk mehr nach als bisher dem Hunger ausgeliefert sein; ein gesundes Essen für jene Desperados, die aus den dann folgenden Verzweiflungsausbrüchen mit nebenhergehendem Bürgerkrieg aus persönlichem Ehrgeiz oder aus parteipolitischen Erwägungen Kapital schlagen wollen, bis die Reaktion über die Demokratie triumphiert und alle Errungenschaften der Arbeiterschaft vielleicht unter getreuer Mithilfe der Ententeapostelen totschlägt.

Bei solchen Perspektiven muß der Kredit, den Deutschland vom Auslande zur Wiederaufrichtung seiner Volkswirtschaft braucht, immer tiefer sinken. Daraus folgt ein weiteres Steigen des Dollars, so daß dafür vielleicht hundert Milliarden deutscher Mark zu zahlen sind. Jedes weitere Sinken der Mark aber bedeutet ebenso weiteres Steigen aller Preise, völlige Einstellung der Einfuhr notwendiger Lebensmittel und industrieller Rohstoffe vom Auslande, Vermehrung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, weitere Zerrüttung der Staatsfinanzen, denen auch mit Steuern selbst auf den Kopf allein, die doch von Industrie, Landwirtschaft, Handel und Handwerk wieder auf die Preise ihrer Produkte aufgeschlagen werden, nicht allein zu helfen ist und die zum Rückgang von Notstandsarbeiten, Abbau der Arbeitslosenfürsorge und anderer sozialer Hilfsmaßnahmen führen würde.

Unter so fürchterlichen Verhältnissen legen unsere Gewerkschaften jetzt ihre Feuerprobe ab. Viel schwerer noch als nach Ausbruch des Krieges kämpfen jetzt in gleicher Weise die größten und die kleinen Verbände um ihre Leistungsfähigkeit, wo sie beinahe plötzlich tief einschneidende Spar- und Sicherheitsmaßnahmen beschließen mußten, wie Einschränkung ihrer Zeitungen, vorübergehende Aufhebung ihrer sozialen Unterstützungsleistungen und anderes mehr.

Die größte Schwierigkeit liegt auch für unsere Gewerkschaften und für unsern Verband in der rasend fortschreitenden Geldentwertung. Demgegenüber können alle Versuche, die Beiträge den Preissteigerungen oder doch den Lohnsteigerungen anzupassen, nicht von Erfolg sein. Die den Löhnen folgenden Beiträge werden immer zu spät erhoben, und wenn das eingenommene Geld nach Wochen in die Hauptkasse fließt, ist es längst auf den vierten, ja meist sogar zehnten oder noch weit geringeren Teil entwertet.

Nur schneller Umlauf der eingehenden Gelder kann hier tiefen Verluste verhindern. Ebenso dringend nötig ist es, daß jeder Kassierer nur die Beitragsmarken mit sich führt und verwendet, die dem in der laufenden Woche maßgebenden Stundenlohn entsprechen. Nur Wertbeständigkeit auch unserer Beiträge kann unsere Finanzen gesund erhalten. Jeder Beitragrückstand ist nur mit dem bei der Zahlung geltenden Beitrag zu begleichen; nicht aber mit bereits wieder entwertetem Gelde.

Dringend nötig ist ferner größte Sparsamkeit bei allen Ausgaben, auch in den Filialen. Die jetzt rapid steigenden Porto- und Postkosten können durch Zusammenlegung nicht eiltiger Sendungen, durch zweckmäßige und richtige Fraktionierung zur Vermeidung von Strafpunkten vermindert werden. Mit Formularen und Papier zu Briefen und Umschlägen ist sparsam umzugehen.

Und wo besoldete Kräfte tätig sind, ist, wenn auch mit der erforderlichen Vorsicht, damit nicht größerer Schaden als Nutzen entsteht, auf zeitgemäße Einschränkungen hinzuwirken. Dabei darf vor allem aber die allwöchentliche Hauskassierung in keiner Weise leiden.

Mit Hochdruck muß ferner gefordert werden, daß aber auch die Ortsausschüsse (Kartelle) zu sparsamster Wirtschaft, zum Abbau gegenwärtig nicht tragbarer Verwaltungen und Einrichtungen übergehen. Die Beiträge an diese natürlich durchwegs nützlichen Institutionen dürfen verhältnismäßig nicht mehr steigen, als die Verbände ihre ebenso dringlichen Ausgaben bestreiten können.

Der Verbandsvorstand hat schon seit Monaten besondere Einschränkungen vorgenommen.

So erscheint der „Verbands-Anzeiger“ schon seit längerer Zeit nur noch alle 2 Wochen, und die Herausgabe des „Malerlehrling“ und des „Lackierer“ kann vorläufig nicht weiter erfolgen. Inbes werden unsern Lehrlingen demnächst, wie üblich, Malvorlagen zugestellt.

Auch beim Postversand, beim Materialverbrauch und beim Abbau nicht mehr zeitgemäßer Verwaltungen hat der Vorstand einschneidende Maßnahmen ergriffen.

Eine sehr unangenehme Begleiterscheinung der rasenden Geldentwertung ist der niedrige Stand unserer sozialen Unterstützungen: bei Erwerbslosigkeit, Streiks, in Sterbefällen usw. Jeder vernünftig rechnende Kollege weiß, daß es Unsinn wäre, zu fordern, daß sich unsere Unterstützungsleistungen nach der Höhe des Beitrages richten können, der eben erst gezahlt worden ist. Stieg vor dem Kriege der Wochenbeitrag in der Regel alle zwei Jahre um etwa 10% und mußte dieser erhöhte Beitrag dann immer erst viele Monate — meist ein Jahr hindurch — gezahlt werden, bevor eine entsprechende Erhöhung der Unterstützung eintrat, so kann heute bei einem viel geringeren Beitrag und fortgesetzt zehrender Geldentwertung nicht noch mehr gefordert werden, als daß ein bestimmter Beitrag mindestens 6 oder 8 Wochen gezahlt wird, bevor die ihm angepaskten Unterstützungssätze gewährt werden können. Zu alledem kommt die große Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die abgesehen von großen Unterstützungsleistungen, auch noch große Ausfälle durch beitragsfreie Marken bringen.

Daher können unsere Unterstützungsleistungen bis zu einer längeren Zeit anhaltenden Stabilisierung und einer Gesundung unserer Volkswirtschaft nur sehr gering sein; so gering, daß die Kollegen schon seit einiger Zeit meist freiwillig darauf verzichten, um ihre Ansprüche für später zu erhalten.

Gewährt der Vorstand bisher schon bei der Streikunterstützung von Fall zu Fall gewisse Vergünstigungen, so wird zu erwägen sein, ob wir nicht etwa ebenso wie bei Kriegsausbruch auch jetzt vorübergehend zu einer Aufhebung der Erwerbslosenunterstützung kommen müssen, zumal dies von verschiedenen Filialen bereits gewünscht und von einer Anzahl anderer Verbände bereits durchgeführt worden ist. Dadurch würde auch manche Verwaltungsarbeit und am Formularverbrauch gespart und die Möglichkeit geschaffen, nach Eintritt etwas besserer Verhältnisse schneller als sonst möglich wäre, den bisherigen Zustand, aber bei höheren Leistungen, wieder herzustellen. Denn unsere Unterstützungsleistungen bleiben nach wie vor ein äußerst wichtiger Bestandteil unserer Organisation, wie unter anderm alle Konkurrenzorganisationen (Unionen, Hamburger und Leipziger Abplitterung Häufigen Angebots) zeigen, die glauben, ohne Unterstützungsleistungen gewerkschaftliche Tätigkeit entfalten zu können.

Der Vorstand wird in diesen Tagen zu dieser und andern Fragen Stellung nehmen und seine Beschlüsse den Filialen in Kürze mitteilen.

Den jetzigen schlimmen Verhältnissen werden auch wieder uns günstigere Zeiten folgen. Dann wird sich die Kraft unserer Gewerkschaften offenkundiger als jetzt bewähren. Auszuhalten und unermüdlich am weiteren Auf- und Ausbau zu arbeiten, muß jetzt mehr als je jeder Kollege als heiligste Pflicht erachten!

Das Ende des Ruhrkampfes.

Die Reichsregierung hat in einem Aufruf dem deutschen Volke von der bitteren Notwendigkeit der Aufhebung des passiven Widerstandes Kenntnis gegeben. Der Zusammenbruch der deutschen Währung, die Unmöglichkeit, die deutsche Wirtschaft aufrechtzuerhalten, dem deutschen Volke bei Fortdauer des rasenden Marksturzes auch nur das trockene Brot zu sichern, sind die Ursachen ihres Beschlusses. Ohne die Stabilisierung der deutschen Währung ist eine Gesundung der Verhältnisse unmöglich. Sie kann nur erreicht werden, wenn der Notenpresse Einhalt geboten wird, wenn die Rhein- und Ruhrbevölkerung wieder zur Arbeit zurückkehrt, also den passiven Widerstand aufgibt.

Ein heroischer Kampf ist zu Ende, über den noch manches zu sagen sein wird. Die „Bergarbeiterzeitung“ kann mit vollem Rechte feststellen, daß die Bergarbeiter in diesem Kampfe bis zum Uebermaß ihre Pflicht getan hat. Mit ihr haben vor allem auch die Eisenbahner, Post- und Verwaltungsbeamten die Last des Abwehrkampfes getragen. Zehntausende sind ausgewiesen, verurteilt, Hungererlitten, zehntausende Familien unglücklich gemacht.

Alle Opfer waren vergebens, soweit der direkte Erfolg des Kampfes in Frage kommt. Nicht vergebens waren sie

hinsichtlich der moralischen Wirkung. Niemand hatte mehr Recht zum Protest gegen feindliche Gewalttat als die Ruhrbergleute, die vorher alle Kräfte für die Reparationsleistungen eingesetzt, die mit der deutschen Arbeiterschaft die Wiedergutmachung anerkannten. Trotz des bitteren Endes wird der Kampf an der Ruhr, der friedliche Kampf eines getriebenen Volkes gegen feindliche Willkür, ein Ehrenblatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterschaft bleiben.

Wenn die Kraft der deutschen Arbeiterklasse so groß gewesen wäre wie ihre Einsicht in die Notwendigkeiten, die der Kampf erforderte: Sein Ausgang wäre früher erfolgt und wäre besser gewesen! Vom ersten Tage des Kampfes haben wir uns gegen eine vielfach betriebene Katastrophenspolitik gewandt, Tag um Tag haben die Gewerkschaftsvertreter gearbeitet, um dem Kampf die Form zu geben, die sie für richtig und erfolgversprechend hielten. Vom ersten Tage an waren wir uns klar darüber, daß der Kampf nur erfolgreich einem raschen Ende zugeführt werden konnte, wenn nicht alle Fehler wiederholt wurden. Aber sie wurden von der „Regierung der Fachmänner“ unter Cuno wiederholt! Nur wenn der Ruhrkampf durch laufende große Opfer des Besitzes finanziert worden wäre, konnte er den gewünschten Erfolg haben. Diese Opfer wurden nicht gebracht, die Kampfkosten wurden durch Notendruck bestritten, die grausamste indirekte Steuer, der breiten Masse des Volkes; in fürchterlicher Auswirkung der Steigerung wuchsen die Kosten des Kampfes, die Schulden des Reiches, bis zur völligen Wertlosigkeit der Mark, bis zum nahenden finanziellen Bankrott des Reiches. Drei Billionen Mark betrug die schwebende Reichsschuld am Anfang des Kampfes an der Ruhr, in die dritte Trillion ging sie Anfang September. 3500 Billionen betrug die Kosten des Ruhrkampfes in der dritten, 8000 Billionen in der letzten Septemberwoche!

Rein finanziell ergab sich die Unmöglichkeit, diesen Kampf so weiter fortzuführen, und die Phrasenhelden, die heute den starken Mann mit dem großen Maul markieren, sollten einmal einwandfrei nachweisen, wie dieser Kampf gegen die französischen Imperialisten weitergeführt werden konnte.

Riesenhaft stieg die Arbeitslosigkeit im unbesetzten Gebiet, umfassender und unerträglicher wurde die Not im ganzen Lande. Die Regierung unter Stresemann hat vom ersten Tage ihres Amtsantritts an die Lage klar erkannt, und wenn sie nicht eher zum Abbruch kam, so waren Ursachen dafür eine Reihe von Umständen, die Berücksichtigung verlangten und die auch die Gewerkschaften veranlaßten, ihre Forderung auf Beendigung des Kampfes nicht in die Form eines beschränkten Ultimatus zu kleiden.

Nun ist der Ruhrkrieg, soweit die Erklärungen der Regierung in Frage kommen, beendet. Nun ist der Weg für Verhandlungen über die Reparationsfrage frei, den Franzosen und Belgier gefordert haben. Wie diese Verhandlungen geführt und was sie für einen Erfolg haben werden, sind die Aufgaben der nächsten Tage, für deren Lösung jeder Gewerkschafter seine ganze Kraft einzusetzen hat. Entscheidend wird das Verhalten der Besatzungsmächte sein. Wir haben genug vom Krieg und Bürgerkrieg. Die deutschen Arbeiter wollen in Frieden arbeiten und als Menschen leben. Deshalb ist von den Besatzungsmächten zu fordern, daß sie Verkehr und Arbeit von den Fesseln befreien, die ihnen im Ruhrkampf angelegt wurden.

Ohne die deutschen Eisenbahnen kann der Verkehr im Ruhrgebiet nicht in Ordnung kommen, ohne einen geregelten vollen Eisenbahnbetrieb ist keine geordnete Lebensmittelversorgung, keine Kohlenförderung möglich. Wir hoffen, daß diese Notwendigkeit von den Gegnern erkannt wird. Aber auch dann noch bleibt riesengroße Arbeit zu leisten. Gefahr droht den sozialen Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse, Gefahr dem Achtstundentag, Gefahr durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohndruckversuche. Mit allen Kräften müssen diese Existenzsicherungen der Arbeiterschaft verteidigt werden. Nur in der geschlossenen Front der gesamten Arbeitnehmererschaft kann aber dieser Kampf geführt werden. Notwendiger darum als sonst ist heute klare Vernunft und gewerkschaftliche Disziplin. Nur diese kann uns aus den schweren Gefahren dieser Tage hinausführen.

Zur Bildung einer Einheitsfront.

nahm der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam eine Resolution an, in der nochmals die prinzipielle Stellung des IOB. präzisiert und die Voraussetzungen für ein Zusammengehen mit den russischen Gewerkschaften festgestellt werden. Es heißt unter anderm in der Resolution:

Unter den gegenwärtigen Umständen, im Augenblick, wo die Reaktion zu einem entscheidenden Schlag ausholt, um die Macht der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation zu brechen, ist die gewerkschaftliche Einheit für die organisierte Arbeiterklasse von allergrößter Wichtigkeit.

Diese gewerkschaftliche Einheit muß sich im Rahmen jeder dem I.G.W. angeschlossenen Landeszentrale und im Rahmen des I.G.W. bewirklichen, wenn sie ihren Zweck erreichen soll.

Der I.G.W. betätigt deshalb aufs neue seinen aufrichtigen Wunsch, die russischen Gewerkschaften gemäß den Beschlüssen der internationalen Gewerkschaftskongresse in Amsterdam, London und Rom mit der organisierten Arbeiterklasse der ganzen Welt vereinigt zu sehen.

Die gewerkschaftliche Einheit kann aber nur dann von wirklichem Nutzen und Wert sein, wenn eine Atmosphäre der gegenseitigen Achtung und des gegenseitigen Vertrauens geschaffen wird.

Zu diesem Zwecke müssen die Feindseligkeiten und Ängste gegen den I.G.W., seine angeschlossenen Organisationen und seine Führer ein für allemal aufhören.

Überdies müssen sich die russischen Arbeiter bereit erklären, wie die organisierten Arbeiter in den andern Ländern, in ihrem eigenen Lande den Krieg und die Reaktion in allen ihren Formen zu bekämpfen.

Der Vorstand des I.G.W. bestätigt die früheren Beschlüsse des Bureau und erklärt sich bereit, mit den Vertretern der russischen Gewerkschaftszentrale in Verhandlungen zu treten, sobald dieselben als wirkliche Beauftragte der russischen Gewerkschaftsorganisationen betrachtet werden können, die obengenannten Bedingungen angenommen und in die Tat umgesetzt worden sind.

Prinzipielle Erklärung.

In Übereinstimmung mit der obigen Resolution wird der I.G.W. seinen Kampf gegen den Militarismus, den Kapitalismus und die Reaktion in allen ihren Formen und für den Sieg der internationalen Arbeiterklasse und den Frieden fortsetzen. Er ist zur Zusammenarbeit mit allen wirklichen Arbeiterorganisationen, die dieses Programm annehmen und sich auf den Boden der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit stellen, bereit.

Der I.G.W. bekämpft sich zum Klassenkampf; sein Ideal ist die Abschaffung der Lohnsklaverei und die Befreiung der Arbeiterklasse. Er steht aber auf dem Standpunkte, daß der Grundgedanke der Demokratie die wesentliche Voraussetzung alles Fortschritts in dieser Richtung ist. Er steht in Reformen und im sozialen Fortschritt einen höheren Weg zur geistigen und materiellen Befreiung der Massen des Volkes als in demagogischen Deklamationen, die der Reaktion nur als Argumente dienen, um der Gemeinschaft Furcht einzujagen und sich dem Fortschritt mit Erfolg entgegenzustellen.

Der Sieg des internationalen Proletariats kann nur die Befreiung aller durch die Einführung eines Regimes sein, bei dem das Privateigentum der Produktionsmittel aufgehoben ist und an die Stelle der Privatinteressen die allgemeinen Menschenheitsinteressen treten. Auf diesem Gebiete und für dieses Ziel führt der I.G.W. seinen Kampf, den Kampf der internationalen Arbeiterklasse. In Anerkennung dieses proletarischen Ideals hat der I.G.W. das Recht, bei dem Kampf um schrittweise Eroberungen und der Vorbereitung der unmittelbaren notwendigen Umgestaltungen die Mitarbeit aller Arbeiter aller Länder zu beanspruchen, und diese haben die Pflicht, ihm diese Unterstützung zu gewähren.

Ohne Rücksicht auf Tendenzen und Persönlichkeiten gegen alle kapitalistischen, militaristischen und nationalistischen Interessen arbeitet der I.G.W. für die Verwirklichung der Aufforderung des kommunistischen Manifestes:

Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!

Das Finanz- und Währungsprogramm der Gewerkschaften.

Die Steuerkommission des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat dem Reichsfinanzministerium Richtlinien und Vorschläge für eine allgemeine Finanzreform vorgelegt. Um eine wirkliche Geldwährung zu schaffen und den Staatshaushalt und die Wirtschaft zu sanieren, soll ein Eingriff in die Substanz der Wirtschaft vorgenommen werden. Deshalb fordert die Steuerkommission die unmittelbare Beteiligung des Reiches an den Erträgen der Volkswirtschaft und am sonstigen Besitz. Die Leitzinsen bieten dem Staat ferner rechtliche Handhaben, auf den Gang der Produktion unmittelbar einzuwirken, machen ihn zum Mitbestimmenden der Wirtschaft und geben ein feinnuanciertes Programm für die Erziehung der Sachwerte. Weiter heißt es dort:

Alle Körperschaften, die auf Grund des Körperschaftsteuergesetzes (8. April 1922) der Körperschaftsteuer unterliegen, sollen bis zum 1. Oktober 1923 ihre Kapitalanteile um ein Drittel erhöhen. Dieses Drittel ist dem Reich abzutreten. Von jeder weiteren Erhöhung ist der Staat ein Drittel der Erhöhungen unter Beteiligung aller Vermögensgegenstände zu empfangen.

Für alle Industrieunternehmen in Handel, Verkehr und Gewerbe mit über 100 Arbeitnehmern oder einem Anlagekapital von mehr als einer Million soll durch Reichsgesetz die Höhe der Körperschaftsteuer durchgehend werden. Die anderen Betriebe müssen durch eine Reichsgewerbesteuer in Höhe von einem Drittel des Reinertrages der Gewerbesteuer an Grundbesitz, in dem es eine bestimmte Grenze übersteigt, soll zugunsten des Staates an erster Stelle eine Grundsteuer in Höhe eines Drittels des von dem abgabepflichtigen Eigentümer angegebenen Wertes empfangen werden. Den Wert hat der abgabepflichtige Eigentümer auf Grund eigener Ermittlung bis zum 1. Oktober 1923 dem Finanzamt mitzuteilen. Das Reich übernimmt auch ein Drittel der Körperschaftsteuer, was eine der Fortschritten durch Festlegung einer Höchstgrenze gebietet werden. Der Zusatz der

Grundschuld wird alljährlich vor dem 1. Oktober unter Berücksichtigung der inneren Kaufkraft der Mark durch Gesetz festgesetzt.

Das Reich erhält das Recht, die bezeichneten Immobilien zu dem von dem Besitzer angegebenen Betrag abzüglich der Grundschuld, das heißt des ohnehin auf das Reich übertragenen Besitzanteils und zuzüglich eines Aufschlages von 20 % zu übernehmen. Im ersten Jahr ohne Warnung, in den folgenden neun Jahren nur nach Weigerung des Besitzers seine Schätzung um mindestens 20 % zu erhöhen.

Für die unter Zwangswirtschaft stehenden Mieterhäuser bedarf die Erhebung der Zinsen für die Grundschuld einer besonderen gesetzlichen Regelung. Abgabefrei sind nur die Länder, die Gemeinden, öffentlich-rechtliche Berufsvertretungen und wirtschaftliche Verbände öffentlich-rechtlichen Charakters, die Anstalten der reichsgesetzlichen Versicherung, Hochschulen, Stiftungen von allgemeinem, gemeinnützigem Charakter, politische Vereine und Parteien.

Eine Neuordnung des Erbrechts wird für unbedingt erforderlich gehalten, um das Reich zum Miteigentümer an der verbleibenden Nachlassmasse zu machen. Der Entwurf der Steuern durch die Markinflation soll dadurch begegnet werden, daß das Prinzip, rasch auswechselbare Einzelparagrafen der Steuergesetze, bewahrt und systematisch durchgebildet wird. Mehr als bisher soll die gesamte Steuergesetzgebung auf die Erfassung an der Quelle umgebaut werden. Insbesondere sei notwendig, daß die Ertragsbesteuerung der Landwirtschaft gründlich zeitgemäß reorganisiert wird. Die Steuerkommission schlägt daher vor, die Grundsteuer zu einem allgemeinen Regulator der Bodenbesitzverteilung dadurch auszugestalten, daß man diese Steuer mit der Größe und Fruchtbarkeit des Bodens ansteigen läßt. Voraussetzung für den gerechten Aufbau der Steuerfaktoren bei dieser Steuer sei eine neue Grundsteuerbonifikation, die dringend gefordert werden müsse. Die Grundlage dieser Steuer muß die Selbstschätzung sein. Bei der quellenmäßigen Besteuerung des Verbrauches soll der über den Normalbedarf hinausgehende Luxus und nicht der lebensnotwendige Massenkonsum an erster Stelle belastet werden. Bei der Besteuerung von Massenkonsumartikeln wird außerdem eine Unterstützung dahingehend gefordert, ob nicht das kaufmännische im Staatsinteresse geleitete Monopol einer komplizierten Steuererhebung vorzuziehen sei.

Eine wesentliche Forderung der vorgeschlagenen Steuerreform ist die Automatisierung des Steuerenganges. Bei kleinen und kleineren Steuerpflichtigen sollen die Veranlagungen wegfallen. Die Ablieferung von nicht beträchtlichen Einzelbeträgen muß durch Marken, von großen Steuerbeträgen (Lohnsteuer in großen Betrieben, Umsatzsteuer) durch sonstige Scheckeinzahlung auf der Post oder im direkten Verkehr mit den Finanzämtern erfolgen. Zu erwägen bleibt, ob nicht die Betriebsräte für die pünktliche Ablieferung der einbehaltenen Lohn-, Umsatz- und sonstigen Steuern durch Kontrolle, Gegenzeichnung usw. interessiert werden können.

Für die Bezahler der größten Einkommen müßte nach englischem Muster zu der normalen Belastung des Einkommens an der Quelle noch eine Superal (Uebersteuer) als Zuschlag hinzutreten.

Die Steuerkommission erklärt es angesichts des geringen Ertrages einer großen Reihe von Steuern sowie der Unübersichtlichkeit der bestehenden Gesetze für unabweisbare Pflicht der Gesetzgebung, die Steuern organisch zusammenzulegen und zu vereinfachen. Mit der Vereinfachung des Steuerrechts müsse eine Reform der Steuerverwaltung und des für die Ausführung der Steuergesetze üblichen Verfahrens Hand in Hand gehen. Insbesondere sei die Möglichkeit der Abschwächung der Steuergesetzgebung, zum Beispiel auf dem Gebiete der Zuwachssteuer und des Reichsnotopfers, zu verhindern.

Den Unternehmern Goldpreise, den Gehilfen Papierlöhne.

Wir finden in Nr. 17 der Zeitung „Schleifischer Malerbund“ in einem Versammlungsbericht der Breslauer Malerinnung einen warmen Appell des Obermeisters, daß die Meister mehr als früher rechnen und mit dem Goldmarkpreis mitgehen müßten. Alle Unkosten, vor allem auch die neuen Lohnsteuern, müßten bei der Preisfestsetzung bedacht werden. Und ein Herr Schweizer hat in einem Referat erklärt, da alles sich auf Goldmark aufbaue, sei es einfache Pflicht der Selbsterhaltung, sich bei den Kalkulationen ebenfalls hierauf einzustellen. Die meisten Materialien ständen größtenteils sogar über Goldmarkpreis. Da müßte jeder Arbeitgeber sich das nötige Material für übernommene Arbeiten sofort zu Tagespreisen mit einem Unkostenaufschlag bezahlen lassen. Und in einer mitabgedruckten Eingabe an die Breslauer Stadthauptration wird betont, daß die allgemeine Teuerung und die Geldentwertung einen Aufschlag für Geschäftsunkosten von 110 % auf die Löhne und bei Beginn jeder Lohnwoche Vorzuschußzahlungen auf Löhne und Geschäftsunkosten bedingen.

Wir verlieren über die Bemühungen der Arbeitgeber, unter den schwierigen Wirtschaftsverhältnissen, die der verdrückte Krieg und neuerdings unter andern die Ruhr- und Finanzpolitik der glorreichen Eunoerregierung heraufbeschworen haben, mitzufolgen und auskömmliche Preise für ihre Arbeiten zu erzielen, kein Wort, müssen es aber doch festnageln, wenn demgegenüber in der vorhergegangenen Nummer der gleichen Zeitung angeführt wird: Ein großer Teil des Volkes sei verdrückt geworden. Die Handwerksmeister hätten seit Jahren gewarnt, „aber die sozialdemokratisch beeinflussten Gewerkschaften waren und blieben blind“. Durch die wertbeständigen Löhne würde das Elend noch vergrößert, die Arbeitslosigkeit vergrößert und die Unruhe stabilisiert. Nur der Stillstand der Lohnschranke könne dem Volke Rettung bringen. Nur dadurch würde uns das Ausland, das sich vom Lohn- und Preiswucher ferngehalten habe (und dabei werden dort entsprechend der ebenfalls höheren Preise auch höhere Löhne gezahlt, und trotz des später eingetretenen Rückganges der Preise ist der von den Unternehmern natürlich sofort geforderte Lohnabbau nicht oder nur in weit geringerer

Maße gelungen), wieder mehr Vertrauen entgegenbringen und dadurch unsere Währung sich bessern.

Dann wird über die unerhörten Steuerlasten geklagt, die die Selbständigen drücken, während die Arbeiter und Beamten durchschnittlich nur 5 % (!) Einkommensteuer zahlen. Und auch hier folgt ein Appell, zur Goldmark zurückzugehen und Kostenanschläge immer unverbindlich abzugeben.

Dieser Erguß ist das Produkt des von uns schon mehrfach zitierten Malermeisters Schieber. Trotzdem dieser Herr seinen krankhaften Arbeiterhaß in fast jeder Nummer seines Blattes verspricht, lassen wir ihn für gewöhnlich laufen. Denn wer dafür plädiert, daß sich die Arbeitgeber in Goldmark bezahlen lassen, den Arbeiter aber für gut oder bummig genug hält, daß er sich geradezu für die Papiermarkbezahlung begeistert in der Hoffnung, daß die andere Seite einfüllig genug ist, das etwa nachzuahmen, ist es nicht wert, daß man sich um ihn kümmert. Nur ab und zu lohnt es sich, unsern Kollegen zu zeigen, was Geistes Kinder um ihr Geil besorgt sind, und um wieviel mehr sie schon verelendet wären, wenn nicht die Gewerkschaften mit allen verfügbaren Mitteln versuchten, gegen den erbitterten Widerstand der Arbeitgeber die Löhne so viel als irgend möglich den Goldpreisen näherzubringen.

Die neuen Postgebühren.

Am 1. Oktober 1923 ist im Post- und Postcheckverkehr eine neue Gebührenerhöhung in Kraft getreten. Es kosten Postkarten im Ortsverkehr 400 000 M., im Fernverkehr 800 000 M. Briefe im Ortsverkehr 800 000 M., im Fernverkehr 2 Mill. M. Drucksachen bis 25 g 400 000 M., über 25 bis 50 g 800 000 M., über 50 bis 100 g 1 200 000 M., über 100 bis 250 g 2 000 000 M. Päckchen 4 Mill. M. Pakete in der 1. Zone bis 3 kg 4 500 000 M., in der 2. und 3. Zone 9 Mill. M., über 3 bis 5 kg 7 respektive 14 Mill. M. Zeitungs Pakete bis 5 kg in der 1. Zone 3 500 000 M., in der 2. und 3. Zone 7 Mill. M. Postkarten nach dem Ausland 3 600 000 M., Briefe bis 20 g 6 Mill. M. (Nach Ungarn und Tschechoslowakei 2 700 000 M. respektive 4 600 000 M.); für Drucksachen für je 50 g 1 200 000 M. Postanweisungen bis 50 Mill. M. 400 000 M., Zahlarten bis 50 Mill. M. 100 000 M. Die Gebühr für ein Ortsgespräch beträgt 4 Mill. M.

Gewerkschaftliches.

Zusammenschluß des Steinseher- und Steinarbeiterverbandes. Nachdem der Verbandstag der Steinseher sich grundsätzlich für eine Verschmelzung erklärt hatte, fand jetzt eine Abstimmung darüber statt, ob der Zusammenschluß mit dem Baugewerksbund oder mit dem Steinarbeiterverband erfolgen solle. An der Abstimmung beteiligten sich 87 % der Mitglieder, davon stimmten 4218 für einen Anschluß an den Steinarbeiterverband, 2587 für den Anschluß an den Baugewerksbund. Der Anschluß an den Steinarbeiterverband wird nun am 1. Januar 1924 erfolgen.

Verschiedenes.

Ferdinand Avenarius †. Der bekannte Publizist auf dem Gebiete der Künste Ferdinand Avenarius ist in Kamen auf Sylt im Alter von 86 Jahren gestorben. Avenarius war der Leiter der vor 36 Jahren von ihm gegründeten Zeitschrift „Kunstwart“ und der Begründer des Dürerbundes, der jetzt in Deutschland über 300 Ortsgruppen verfügt. Mit ihm verliert Deutschland einen erfolgreichen und unermüdbaren Kulturkämpfer und -förderer, der für die Verbreitung guten Geschmacks auf künstlerischem und literarischem Gebiet ein Menschenalter lang tätig war. Seine Haupttätigkeit und sein besonderes Verdienst bestanden im wesentlichen in der Popularisierung und der Vermittlung echter und bewährter Kunstgüter für die weitesten Kreise. Vielen Tausenden hat er durch sein Wirken Sinn für Poesie und Malerei erschlossen und das Verständnis für die Werte der Kunst geweckt und gefördert.

Fachliteratur.

Decorationsmotive der Malerzeitung, Leipzig. Geleitet von Richard Schulz. Verlag von Jüstel & Götzel in Leipzig, Emilienstraße. Die vorliegende Nr. 271 dieses Jahres enthält in der bekannten guten Ausführung und Ausstattung vier vorzügliche wirkungsvolle Vorlagetafeln: Bemalung des oberen Teiles der Wände in einer Diele, 3 Entwürfe von Otto Obermeier; A. Lorenz bringt den Entwurf eines oberen Wandteiles und Decke einer Nische in einem Erfrischungsraum; ein Entwurf von D. Zwinger stellt eine Handmalerei eines Baderaumes über Decke und Wand hinweg dar; vom gleichen Künstler stammt auch der Entwurf eines Wandmusters in Handmalerei. Der Bezugspreis der Malerzeitung für Oktober 1923 stellt sich auf 1 M. (mal Schlüsselzahl 21 000 000) = 21 Millionen Mark für die große Ausgabe und auf 14 700 000 M. für die kleine Ausgabe.

Literarisches.

Neue-Welt-Kalender für das Jahr 1924. 48. Jahrgang vorliegende Neue-Welt-Kalender (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt) ist wieder aufs beste reichhaltig und gut gestaltet. Bild auf Kunstdruckpapier. Preis 30 Pf., sowie einen Wandkalender. Der Grundpreis beträgt 30 Pf. mal Schlüsselzahl der Kalenderhändler.

Sterbefälle.

Machen. Am 12. September starb unser Kollege Heinrich Briem. Ebersfeld. Am 23. September starb unser langjähriges, treues Mitglied Paul Schäfer, 89 Jahre alt, an Tuberkulose. Ehre ihrem Andenken!